

INHALT

	Seite
I. Bisher geltendes Recht (ohne Änderungsgesetz)	7
II. Allgemeine verfassungsrechtliche Grundlagen	13
III. Das Gesetz zur Änderung des Wahlkampfkostengesetzes Nordrhein-Westfalen vom 9.10.1990	14
1. Inhalt des Gesetzes	14
a) Erhöhung der Pauschale auf 6,25 DM je Wahlberechtigten	15
b) Einführung von "Sockelbeträgen" von 3 v.H. der Wahlkampfkostenpauschale	16
c) Rückwirkung	16
d) Finanzielle Auswirkungen	17
2. Der ursprüngliche Gesetzentwurf vom 22.8.1990	19
3. Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens und Kritik	21
a) Ursprünglicher Gesetzentwurf und erste Lesung	21
b) Kritik des Bundes der Steuerzahler, der Grünen und der FDP	22
c) Änderung und Verabschiedung des Gesetzentwurfs	23
d) Kritik des Rechnungshofpräsidenten und des Bundesministers des Innern	24
e) Antrag auf Aufhebung des Änderungsgesetzes und Klage der Grünen beim Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen	25
IV. Verfassungsrechtliche Beurteilung des Änderungsgesetzes	26
1. Abgeleitete und begrenzte Gesetzgebungskompetenz des Landes	26
a) Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes über "Wahlkampfkostenerstattung"	26
b) Anhebung der Pauschale auf 6,25 DM je Wahlberechtigten	27
c) Einführung der "Sockelbeträge" (für die Zukunft)	34

aa)	Zurückbleiben hinter der Ermächtigung: Keine Rechtfertigung für Überhöhung der Pauschale	34
bb)	Unterlassene Halbierung der 80-Prozentgrenze	36
2.	Weiteres Bedenken gegen "Sockelbeträge": Ausschluß von Parteien unter 2 Prozent	37
3.	"Sockelbeträge" mit Rückwirkung	38
V.	Zusammenfassung	43
Anlage 1:	Presseerklärung des Verfassers vom 12.9.1990	
Anlage 2:	Brief des Bundesministers des Innern an die Präsidentin des Landtages Nordrhein-Westfalen vom 4.1.1991	
Anlage 3:	Brief des Präsidenten des Landtages Rheinland-Pfalz an den Bundesminister des Innern vom 4.3.1991	